



DIE LINKE. im Stadtrat Fürth, Königstraße 95, 90762 Fürth

Direktorium  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Thomas Jung  
- Rathaus -  
90744 Fürth

Königstraße 95, 90762 Fürth  
stadtrat@die-linke-fuerth.de  
[www.die-linke-fuerth.de](http://www.die-linke-fuerth.de)

**Niklas Haupt**  
Gruppensprecher  
Telefon: 0157 30463784

**Ruth Brenner**  
Stellv. Gruppensprecherin

**Ulrich Schönweiß**

Fürth, 12.07.2023

### **Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Digitalisierung am 14. Juli 2023 Abschaffung des Stellendeckels**

Sehr geehrter Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung,

zur Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Digitalisierung am 13. Juli 2023 stellt die Stadtratsgruppe DIE LINKE den folgenden **Antrag**:

Der Ausschuss beschließt die Abschaffung des seit 2021 eingeführten Stellendeckels.

Sollte dies keine Mehrheit finden:

Der Ausschuss beschließt, dass das Amt für Soziales, Wohnen und Seniorenangelegenheiten, das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien und der Jugendärztliche Dienst des Referates IV aus dem Stelledeckel ausgenommen werden. Zudem findet der Stelledeckel auch in den anderen Referaten keine Anwendung auf Stellen, die sich aus der Erweiterung gesetzlicher Aufgaben ergeben.

#### **Begründung:**

Der Stelledeckel gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Stadt Fürth und führt zur Überlastung der städtischen Angestellten.

Auf Anregung der Kämmerei hat der Stadtrat 2021 die Einführung eines Stelledeckels beschlossen und in den Folgejahren fortgeführt. Im Frühjahr wurde er einzig gegen die Stimmen der LNKEN auch für das Jahr 2024 beschlossen.

Die Kämmerei begründete die Notwendigkeit eines Stelledeckels u.a. mit folgenden Worten: „Die Personalkosten stiegen seit 2014 bis 2019 um 4,5 Mio. – 5 Mio. € per annum. Die Stellenzahl (in Vollzeitäquivalenten, VZÄ) stieg inkl. der Stellen der Gebäudewirtschaft vom 1.1.2015 (1755,45 VZÄ) auf 2125,19 VZÄ zum 1.1.2021. Dies entspricht einer Steigerungsrate in Höhe von 21% innerhalb von 6 Jahren, also um 370 Vollzeitstellen!“ (Stadtrat 21.4.2021).

Hinterlegt mit einem Ausrufezeichen sollte den Stadträt:innen und der Öffentlichkeit ein dramatischer Anstieg der Stellenzahl und der Personalkosten suggeriert werden. Nicht erwähnt wird, dass die Personalkosten prozentual im Vergleich zum Verwaltungshaushalt kaum gestiegen sind. Vergleicht man den prozentualen Anteil der Personalkosten von 2010 und 2019, ist dieser sogar um

fast drei Prozent gesunken. Diese Zahlen können in der Antwort auf eine Anfrage der LINKEN zum Personalausschuss am 13.05.2023 nachgelesen werden.

Von einem überproportionalen Anstieg der Personalkosten, dem man entgegenwirken müsse, kann also keine Rede sein. Im Gegenteil handelt es sich um eine Desinformation der Öffentlichkeit um eine Sparpolitik zu rechtfertigen. Ein Aufbau an Stellen ist im Gegenteil nur die logische Konsequenz in einer wachsenden Stadt mit wachsenden Aufgaben.

DIE LINKE hat den Stellendeckel von Beginn an abgelehnt. Aus der Vorlage des Jugendamtes im vergangenen AJJ (21.06.23 – TOP 7.1.1. Anlage 2) wird deutlich welche Folgen eine Unterbesetzung von Ämtern insbesondere im sozialen Bereich hat. Am Beispiel des Bezirkssozialdienstes wird dies deutlich, hier wurden notwendige Stellen aufgrund des Stellendeckels in der Vergangenheit nicht beschlossen.

Die Mitarbeiter:innen werden übermäßig belastet und mit zunehmendem Stress und Druck konfrontiert. Dringend gebotene Personalanpassungen konnten nicht durchgeführt werden, ein gesetzlich vorgesehene Personalbemessungsverfahren existiert erst gar nicht und eine mittlere Führungsebene kann nicht etabliert werden, da keine neuen Stellen geschaffen werden. Dies führt dazu, dass in Fürth deutlich mehr Fälle von einer Person bearbeitet werden müssen, als in vergleichbar großen bzw. größeren Städten.

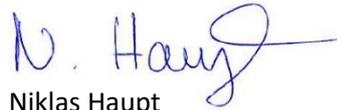
Hier wird die Gesundheit der Mitarbeiter:innen fahrlässig gefährdet und letztlich auch die Gefährdung von Kindern in Kauf genommen. Dies ist auch eine der Folgen des Stellendeckels und muss dringend behoben werden.

Insbesondere im Kinderschutz, in der Jugendarbeit und im sozialen Bereich darf die Stellenplanung nicht von willkürlich festgelegten Budgets abhängen, sondern muss sich an den vorhandenen Bedarfen und Aufgaben ausrichten.

Die tatsächlichen Bedarfe werden aus den Stellenplananträgen der Referate deutlich, die den Stellendeckel um ein Vielfaches übersteigen. Insbesondere bei den Stellenplananträgen dem Sozial-, Jugend- und Baubereich wird deutlich, dass die Sparpolitik dazu führt, dass die Ämter ihre Aufgaben nicht mehr im erforderlichen Maß erfüllen können.

Das diese Kürzungspolitik insbesondere auf dem Rücken von finanziell Benachteiligten, Kindern und Jugendlichen sowie den Beschäftigten der Stadt Fürth ausgetragen wird, ist ein nicht zu akzeptierender Zustand!

Mit Freundlichen Grüßen

  
Niklas Haupt

  
Ruth Brenner

  
Ulrich Schönweiß